

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

ses Jahres stellten die Vereinigten Arabischen Emirate laut *The National* rund 36 Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern zur Verbesserung der Lage in den Flüchtlingslagern und deren Ausbau in Jordanien, Irak und Libanon zur Verfügung. Auf der offiziellen Regierungsseite der VAE wird zudem darüber informiert, dass dies größtenteils über die emiratische Rothalbmongesellschaft geschehe. Ferner nahmen letztes Jahr im November der Rote Halbmond aus Katar, Bahrain, Oman, Saudi Arabien und den VAE sowie Vertreter des Generalsekretariats des Golf-Kooperationsrates an einer von der kuwaitischen Rothalbmongesellschaft ausgerichteten Konferenz teil, um sich in ihren weiteren regionalen, humanitären Hilfsmissionen abzustimmen.

Der UN High Commissioner António Guterres, zitiert von *The National*, lobte zugleich, dass Saudi Arabien syrischen Flüchtlingen freien Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsinstitutionen ermögliche und die Gesetzgebungsverfahren für die Arbeitsgenehmigung von syrischen Migranten verbessern wolle. Der *MiddleEastMonitor* veröffentlichte ferner eine Nachricht darüber, dass Katar und die Türkei gemeinsam eine Universität für syrische Flüchtlinge in der südöstlichen türkischen Provinz errichten wollten.

Publikationen, die sich mit der Hilfeleistungsthematik der einzelnen Golf-Staaten befassen, sind durchaus zahlreich in Tagesblättern vertreten und prägen somit insbesondere das öffentliche Meinungsbild. Die politische Motivation hinter jener Berichterstattung wird schnell ersichtlich – trotz des geschilderten Leides sollen letztlich eigens die positiven politischen Maßnahmen der Golf-Staaten im Hinblick auf die humanitäre Krise in den Vordergrund gerückt und somit durch die Medien ein positives Bild der eigenen Golfmonarchie gezeichnet werden. Offizielle Äußerungen über mögliche Einwanderungserleichterungen für Flüchtlinge in die Golf-Staatenregion lassen sich hingegen kaum finden.

Israel

Dr. Michael Borchard (28.08.2015)

Das Thema Migration ist in Israel für die Gesellschaft ebenso essentiell wie es hochambivalent ist. In der israelischen Öffentlichkeit wird es wortwörtlich „geteilt“ betrachtet. Auf der einen Seite steht die Heimkehr von Juden in aller Welt aus der Diaspora (Alija) ins „gelobte Land“. Sie bildet die Grundlage für den jüdisch-zionistischen Staat. Daher wird jedem Juden das Recht darauf eingeräumt, Staatsbürger Israels zu werden.⁶⁴

Als weniger wünschenswert wird dagegen hierzulande die Einwanderung nicht-jüdischer Migranten wahrgenommen. Insbesondere im Süden Tel-Avivs protestieren Anwohner immer wieder gegen den Aufenthalt afrikanischer Asylbewerber, die vor allem aus Eritrea und dem Sudan geflüchtet sind. Zuletzt gingen mehrere hundert Anwohner des Stadtteils auf die Straßen, um gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom 11. August 2015 zur Anpassung des sogenannten „Anti-Infiltrationsgesetzes“ zu demonstrieren. Auf Basis dieser Entscheidung sollen etwa 1.200 illegale Immigranten aus dem Holot-Gefangenenlager entlassen werden.⁶⁵ Gegen diese Entscheidung erhob sich massiver Protest. Viele Bürgerinnen und Bürger im Süden Tel Avivs, wo die Mehrheit der etwa 60.000 Migranten lebt, fühlen sich nicht sicher, beklagen eine höhere Kriminalitätsrate und eine allgemeine Verschlechterung der Lebensqualität. Manche Bewohner Süd-Tel Avivs bezeichnen ihren Stadtteil gar als „Höl-

⁶⁴ Vgl. Schneider, Jan: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik: Einwanderungspolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Online), URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57636/einwanderungspolitik> [23.08.2015].

⁶⁵ Vgl. Pileggi, Tamar: Court upholds 'anti-infiltration' law, but limits migrants' detention time, in: Times of Israel (Online), URL: <http://www.timesofisrael.com/high-court-mostly-upholds-anti-infiltration-law/> [17.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

le“ und sind der Überzeugung, die afrikanischen Migranten seien gekommen, um die einheimische Bevölkerung „zu schlucken“. ⁶⁶

Gleichzeitig gibt es immer wieder auch Gegendemonstrationen, die Regierungsmaßnahmen wie Inhaftierungen und Rücknahmeabkommen mit problematischen Drittstaaten wie Uganda als klaren Verstoß gegen das Menschenrecht Asyl kritisieren. Nichtregierungsorganisationen wie die Hotline for Refugees and Migrants versuchen, die Rechte der Flüchtlinge zu stärken. Die Medien berichten einerseits über menschenunwürdige Bedingungen in Lagern wie Holot und andererseits aber eben auch über die Ängste der Bevölkerung vor „Überfremdung“ und Gewalt.

Das Thema hat im April dieses Jahres neue mediale Relevanz durch die Tatsache gewonnen, dass auf einem der Hinrichtungsvideos des libyschen Zweiges des IS, in dem die Ermordung von 28 afrikanischen Christen zu sehen war, auch drei Männer aus Eritrea als Opfer aufgetaucht sind, die zuvor in Israel als illegale Migranten offiziell zur Rückkehr aufgefordert worden waren bzw. Israel wieder verließen, weil sie sich nicht heimisch gefühlt hatten. Einer von diesen eritreischen Flüchtlingen war Tesfay Kidane, der 2007 über den Sinai nach Israel gelangte, mehrere Jahre als Hilfsarbeiter seinen Lebensunterhalt verdiente und schließlich in Holot inhaftiert wurde. Vergangenes Jahr verließ er daraufhin Israel, wurde jedoch an der Grenze Ugandas abgewiesen. Über den Sudan erreichte er Libyen, von wo aus er die Überfahrt nach Europa wagen wollte, geriet stattdessen jedoch in Gefangenschaft der Terrorgruppe. Freunde erkannten sein Gesicht auf dem Video, das seine Enthauptung zeigt. Sein Fall und der Fall der beiden anderen Flüchtlinge haben zumindest in der israelischen Elite zu geschockten Reaktionen und der Aufforderung geführt, die Flüchtlingspolitik zu überdenken.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Von 2009 bis 2013 hat Israel nur 0,15 Prozent der Asylgesuche bewilligt – das ist der geringste Prozentsatz in der gesamten westlichen Welt. ⁶⁷ Führende Politiker machen deutlich, dass insbesondere afrikanische Flüchtlinge nicht willkommen sind. Aufsehen erregte zuletzt insbesondere die Knesset-Abgeordnete und aktuelle Kultusministerin Miri Regev, die dem Likud angehört und die afrikanischen Migranten 2012 „als Krebsgeschwür in unserem Körper [Israel]“ bezeichnete. Nach Angaben des Israel Democracy Institute, einem sehr anerkannten Think Tank in Israel, würde Umfragen zufolge, die Hälfte der Israelis dieser Aussage zustimmen. ⁶⁸

Vor allem zwischen Meretz, der Partei am linken Rand des Spektrums und Habayit-Hajehudi, der Partei am rechten Rand des Spektrums sowie zwischen großen Teilen des rechtsgerichteten Likuds gibt es offene Auseinandersetzungen hinsichtlich offener Grenzen. Pegida-ähnliche Bevölkerungsbewegungen und ihre Antipoden gibt es hier in der Bevölkerung nicht. Weil es eine Bevölkerungsmehrheit gibt, die illegale Einwanderung kritisch sieht gibt es auch keine profunde Gegenbewegung und die damit verbundenen Auseinandersetzungen.

Das starke Anschwellen der Einwandererzahlen, insbesondere im Jahr 2012 (mehr als 2.000 im Mai 2012 im Vergleich zu etwa 640 im Mai 2011), veranlasste die Regierung zum Bau eines Grenzzauns, um die Zahl der Flüchtlinge zu verringern, die über die Sinai-Wüste von Ägypten nach Israel gelangen ⁶⁹. Außerdem wurde 2012 das Anti-Infiltrationsgesetz angepasst, wonach alle irregulären Grenzübergänger – in Israel vor allem Flüchtlinge aus afrika-

⁶⁶ Vgl. Kamin, Debra: „South Tel Aviv Is South Sudan Now“, in: Times of Israel (Online), URL: http://www.timesofisrael.com/south-tel-aviv-is-south-sudan-now/?fb_comment_id=778174932207965_94063803#fec7884898d30e [23.08.2015].

⁶⁷ Vgl. O.V.: Israel's Asylum System, in: Hotline for Refugees and Migrants, URL: <http://hotline.org.il/en/refugees-and-asylum-seekers-en/%E2%80%8F8Fisraels-asylum-system/> [25.08.2015].

⁶⁸ O.V.: 52% of Israeli Jews agree: African migrants are 'a cancer', in: Times of Israel (Online), URL: <http://www.timesofisrael.com/most-israeli-jews-agree-africans-are-a-cancer/> [24.08.2015].

⁶⁹ Vgl. Rubin, Shira: Sharp rise in African migration into Israel from Egypt, in: Times of Israel (Online), URL: <http://www.timesofisrael.com/african-immigration-into-israel-from-egypt-more-than-tripled-this-year/> [25.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

nischen Staaten - offiziell als „Eindringlinge“ bezeichnet und damit klar kriminalisiert werden. Das Gesetz erlaubte die Verhaftung von Migranten für drei Jahre, in manchen Fällen sogar länger.⁷⁰

Israels Oberster Gerichtshof hat bereits in zwei Urteilen die Dauer von Inhaftierungen verkürzt. Mit ihrer jüngsten Entscheidung vom 11. August 2015 hatten die Richter zwar die weitgehende Verfassungsmäßigkeit des umstrittenen Gesetzes bestätigt, kippten aber den Artikel, der die Inhaftierung von illegalen afrikanischen Migranten für bis zu 20 Monate ermöglicht. Die Dauer der Festnahme müsse auf zwölf Monate beschränkt werden und all die, die sich bereits mehr als ein Jahr in Haft befinden, sollen freigelassen werden. Dieses Urteil beinhaltete auch die erwähnte Entlassung der 1.200 Flüchtlinge aus dem Holot-Lager, die die Proteste im Süden Tel-Avivs herbeiführten.⁷¹

Der israelische Premierminister und Likud-Chef Benjamin Netanyahu äußerte Zufriedenheit darüber, dass das Oberste Gericht im Kern die Haltung der Regierung akzeptierte, die es als nötig ansieht, „Eindringlinge gefangen zu nehmen, um den notwendigen Abschreckungseffekt zu erzeugen“⁷². Justizministerin Ayelet Shaked, die der sehr rechts stehenden Partei des „jüdischen Hauses“ angehört, mahnte an, dass Judikative und Legislative zwar im Dialog stehen müssen. Dies bedeute aber nicht, dass sie sich als Partner mit derselben Rolle verstehen dürften und deutete an, dass der Gerichtshof drohe, mit der dritten Änderung eines von der Knesset verabschiedeten des Gesetzes seine Kompetenzen zu überschreiten.⁷³

Die Vorsitzende der linksgerichteten Meretz-Partei Zehava Gal-On hob indessen die Bedeutung der Gewaltenteilung hervor und ist der Meinung, die Richter hätten das Gesetz vollständig kippen sollen, weil es nicht zu rechtfertigen sei, Flüchtlinge ohne vorheriges Gerichtsverfahren zu inhaftieren.

Zwar verbessert die jüngste Anpassung des Gesetzes die Lage der Flüchtlinge in Holot in mancher Hinsicht, doch bleibt es im Kern unverändert. So können sich die Flüchtlinge nun tagsüber auch außerhalb des Lagers frei bewegen und müssen sich nur noch einmal täglich im Lager melden. Dieses Hauptaufnahmelaager befindet sich allerdings in der sehr strukturschwachen Negev-Wüste. Dementsprechend bestehen in der unmittelbaren Umgebung kaum Beschäftigungsmöglichkeiten.

Nicht weniger problematisch ist die politische Entscheidung, Abkommen mit solchen Drittstaaten abzuschließen, die aus Israel emigrierende und ausgewiesene Flüchtlinge aufnehmen.⁷⁴ In diesem Zusammenhang wurden etwa Ruanda mehrere Millionen Dollar als Gegenleistung für diese Aufnahme zugesichert.⁷⁵ Kritiker beklagen, dass sich Israel so aus seiner Verantwortung „herauskaufe“.

Als Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention wird die israelische Regierung verstärkt von internationaler, aber auch zivilgesellschaftlicher Seite dazu aufgefordert, die Rechte Asylsuchender gemäß der Konvention zu wahren und zu schützen.

Berichterstattung zum Umgang mit Migration / Integration in Deutschland

⁷⁰ Vgl. O.V.: Israel: Amend 'Anti-Infiltration' Law, in: Human Rights Watch (Online), URL: <https://www.hrw.org/news/2012/06/10/israel-amend-anti-infiltration-law> [25.08.2015].

⁷¹ Vgl. Pileggi (Fn. 15).

⁷² Vgl. Harkov, Lahav/Hartmann, Benn: High court upholds constitutionality of 'anti-infiltration law', in: The Jerusalem Post (Online), URL: <http://www.jpost.com/landedpages/printarticle.aspx?id=411814> [24.08.2015].

⁷³ Vgl. Lior, Ilan: Israel's High Court Rejects Part of Third Anti-infiltration Law, in: Haaretz (Online), URL: <http://www.haaretz.com/news/israel/.premium-1.670645> [25.08.2015].

⁷⁴ Vgl. Harkov, Lahav/Hartmann, Benn: High court upholds constitutionality of 'anti-infiltration law', in: The Jerusalem Post (Online), URL: <http://www.jpost.com/landedpages/printarticle.aspx?id=411814> [24.08.2015].

⁷⁵ Vgl. O.V.: Israel and Rwanda confirm 'multimillion dollar' cash-for-refugees deal, in: Ynet (Online), URL: <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4644066,00.html> [25.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Ein Artikel der Zeitung Haaretz, der Anfang August erschien, verwies darauf, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Migranten in diesem Jahr auf eine Rekordzahl von 11 Millionen Menschen anwuchs und etwa ein Fünftel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund besitze. Es wird berichtet, dass Deutschlands Volkswirtschaft, als die größte Europas, die noch dazu anhaltend und gegen den Trend wächst, zunehmend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland baue. Die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen treffe bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung. Gleichzeitig komme es aber auch vermehrt zu Brandstiftungen und Angriffen auf Flüchtlingsheime.⁷⁶

Mit Sorge und mit mehr oder weniger offenen Verweisen auf die deutsche Vergangenheit machen israelische Medien auf die jüngste Welle von Xenophobie und Rassismus auf Demonstrationen gegen Flüchtlinge in Deutschland aufmerksam. The Jerusalem Post macht etwa deutlich, dass „Heil Hitler“-Rufe, die bei den Protesten in Heidenau zu hören waren, untragbar seien. Anerkannt wird in den israelischen Medien die Tatsache, dass führende deutsche Politiker jegliche rechtsextreme Äußerungen verurteilen. Auch wird im gleichen Atemzug nicht die Tatsache verschwiegen, dass Deutschland angesichts der etwa 800.000 erwarteten Asylsuchenden in diesem Jahr vor großen Herausforderungen stehe. Die israelischen Medien weisen zudem auf die vergleichsweise sehr liberale Migrationspolitik in Deutschland hin (O.V.: The Jerusalem Post).⁷⁷

Hin und wieder werden in den israelischen Medien eigene Defizite in der israelischen Politik auch mit dem Hinweis auf Defizite in der europäischen Politik verdeckt. Im April dieses Jahres äußerte sich z.B. Transportminister Yisrael Katz (Likud-Partei) via Facebook zur Rechtmäßigkeit der israelischen Regierungsmaßnahmen, die Asylsuchende betreffen. Als Rechtfertigung für die restriktive Flüchtlingspolitik Israels zog er dabei das angebliche Versagen europäischer Politiker heran, die das Sterben tausender Migranten im Mittelmeer nicht verhindern konnten. Darunter postete er ein Foto, worauf zu sehen war, wie mehrere Flüchtlinge nur noch tot geborgen werden können (Goldman: +972 Magazine).⁷⁸

„Willkommenskultur“ nur für Juden

Eine ausdrückliche „Willkommenskultur“ gibt es in Israel für Juden aus aller Welt. Das Wort „Integration“ wird in Israel dementsprechend nicht benutzt. Hier steht die „Absorption“ als Begriff im Vordergrund, für die im Kabinett ein eigener „Minister“ Sorge trägt. Vom Sprachkurs über die materiellen Grundlagen bis hin zur Aufnahme in den religiösen (jüdischen) Gemeinschaften ist detailliert für alles gesorgt. Alle anderen Migranten erfahren eher Diskriminierung, Ausgrenzung und Kriminalisierung.

Die Immigration nicht-jüdischer Einwanderer verläuft wenig geordnet. Viele der afrikanischen Flüchtlinge aus dem Süden Tel Avivs haben keine Wohnung und schlafen etwa im hiesigen Levinsky-Park. Wie bereits oben angemerkt, erhalten nur sehr wenige offiziellen Asylstatus. Die meisten Flüchtlinge besitzen nur eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung, die sie in regelmäßigen Abständen erneut beantragen müssen.⁷⁹

Bis 2011 führten Mitarbeiter des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) die Interviews der Asylbewerber durch. Die Fälle wurden anschließend im Genfer Hauptsitz genauer untersucht und mit den entsprechenden Empfehlungen an die israelischen Behörden

⁷⁶ Vgl. O.V.: Immigrants in Germany Reach Record High at 11 Million, in: Haaretz (Online), URL: <http://www.haaretz.com/news/world/1.669514> [25.08.2015].

⁷⁷ Vgl. O.V.: Germany vows to fight xenophobia after 'Heil Hitler' shouted in attack on refugees, in: The Jerusalem Post (Online), URL: <http://www.jpost.com/Breaking-News/Germany-vows-to-fight-xenophobia-after-attacks-on-refugee-home-412991> [25.08.2015].

⁷⁸ Vgl. Goldman, Lisa: Likud minister: Drowning of migrants justifies Israeli policy, in: +972 Magazine (Online), URL: <http://972mag.com/likud-minister-drowning-of-migrants-justifies-israeli-policy/105738/> [25.08.2015].

⁷⁹ Vgl. Lior, Ilan: Israel Summoning Migrants in City Centers to Detention, in: Haaretz (Online), URL: <http://www.haaretz.com/news/israel/.premium-1.564812> [27.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

weitergeleitet. Ein interministerieller Ausschuss prüfte anschließend die Vorschläge des UNHCR. Das Innenministerium entschied dann unter Berücksichtigung der Hinweise des Ausschusses über die Erteilung von Asyl. Vor 6 Jahren begann Israel, eigene Institutionen aufzubauen, um alle Schritte zur Beantragung von Asyl selbst zu übernehmen. Dafür wurden das sogenannte „Amt für Eindringlinge“ zur Identifikation und Befragung der Flüchtlinge geschaffen und eine weitere Einrichtung, die die genauere Überprüfung der Anträge vornimmt. Lehnt erstgenanntes Amt den Asylantrag ab, so folgt innerhalb von drei Tagen die Abschiebung oder Inhaftierung des Migranten, so dass es diesem nahezu unmöglich ist, die Entscheidung vor Gericht anzufechten. Wird ein Flüchtling durch die erste Behörde als asylberechtigter eingestuft, wird der Antrag in der zweiten verantwortlichen Einrichtung genauer geprüft und dann an den interministeriellen Ausschuss weitergeleitet und letztlich, wie auch vor 2011, vom Innenministerium bewilligt oder abgelehnt.

Die Asylgesuche werden nur sehr langsam bearbeitet. Die Asylanträge der meisten Sudanesen befanden sich bis vor einem Jahr noch in Bearbeitung. Die Anträge eritreischer Flüchtlinge wurden zu hunderten abgelehnt, etwa mit der Begründung, dass Militärdienstverweigerung in Israel kein Grund für Asyl wäre. Das lässt außer Acht, dass in Eritrea der Wehrdienst offiziell auf 18 Monate beschränkt, bekanntlich aber inzwischen auf unbestimmte Zeit (bis zu zehn Jahren) zu leisten ist und jeder Wehrdienstleistende willkürlicher Behandlung ausgesetzt ist. Diejenigen, die nach Verweigerung des Wehrdienstes und anschließender Flucht wieder nach Eritrea abgeschoben werden, erwartet angesichts der herrschenden Menschenrechtslage jedoch in den meisten Fällen Folter und Haft unter menschenunwürdigen Zuständen.⁸⁰

Ein Problem stellt in Israel auch die medizinische Versorgung der Flüchtlinge dar. Zwar wurde ein Teil der Migranten gemäß der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bereits aus Holot in die Freiheit entlassen, allerdings endet mit der Inhaftierung auch die Gesundheitsversorgung. Auch das staatliche Versicherungssystem deckt diese nicht ab. Migranten sind meist über ihren Arbeitgeber versichert. Nach ihrem Aufenthalt im Holot-Lager sind sie nicht mehr erwerbstätig und besitzen somit keine Gesundheitsversicherung.⁸¹

Die Eingliederung der Entlassenen verläuft weitgehend unkoordiniert. Der Staat entwickelte keinen Verteilungsschlüssel und die Flüchtlinge sind letztlich sich selbst überlassen. Innenminister Silvan Shalom ordnete allerdings an, dass es ihnen nicht erlaubt sei, sich in Tel Aviv oder Eilat niederzulassen. Doch die Freundes- und Bekanntenkreise, die den Entlassenen bei der Wohnungssuche helfen könnten, befinden sich oftmals in genau diesen Städten.⁸²

Auch die Regelungen, die ausländische Arbeitskräfte betreffen, haben zum Teil weitreichende Folgen für die Sicherheit der Migranten. So ist etwa gesetzlich festgelegt, dass die Migranten nicht ohne weiteres ihren Arbeitgeber wechseln können, dessen Name in ihrer Arbeitsgenehmigung notiert ist. Tun sie dies dennoch – etwa aufgrund verzögerter Lohnzahlungen – so verlieren sie ihr Visum und können aufgrund von illegalem Aufenthalt abgeschoben oder inhaftiert werden.⁸³

⁸⁰ Vgl. O.V.: Israel's Asylum System, in: Hotline for Refugees and Migrants (Online), URL: <http://hotline.org.il/en/refugees-and-asylum-seekers-en/%E2%80%8Fisraels-asylum-system/> [25.08.2015].

⁸¹ Vgl. Lior, Ilan: Asylum Seekers in Israel Gain Freedom but Lose Health Coverage, in: Haaretz (Online), URL: <http://www.haaretz.com/news/israel/.premium-1.672785> [27.08.2015].

⁸² Vgl. Lior, Ilan: African Asylum Seekers Now Free, but Have Nowhere to Live, in: Haaretz (Online), URL: <http://www.haaretz.com/news/israel/.premium-1.673153> [27.08.2015].

⁸³ Vgl. O.V.: Israel's Asylum System, in: Hotline for Refugees and Migrants (Online), URL: <http://hotline.org.il/en/refugees-and-asylum-seekers-en/%E2%80%8Fisraels-asylum-system/> [25.08.2015].